

**Fachgespräch Dialog – Wahlprogramm**  
**16. Juni 2009, Restaurant Loft**  
**„Interkommunale Zusammenarbeit“**

Gäste:

- Landkreistag Brandenburg, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Dr. Paul-Peter Humpert
- Ansgar Kuschel – Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel
- Amtsdirektor Lieberose-Straupitz Herr Bernd Boschan
- Bürgermeister Perleberg Herr Fred Fischer
- Bürgermeister Königs Wusterhausen Herr Stefan Ludwig

Anwesend:

Hans-Jürgen Scharfenberg, Anita Tack, Karin Weber, Andreas Bernig, Thomas Nord, Peter Ligner, Andrea Schulz

In ihrem Wahlprogramm hat DIE LINKE die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als einen Schwerpunkt ausgewiesen. Ein Mittel kann dabei die Interkommunale Zusammenarbeit sein. Damit soll das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensbedingungen im gesamten Land zu schaffen, erreicht werden. Die stabile Sicherung der Daseinsvorsorge ist eine wichtige Zielstellung für die Zukunft. Bisher war bei Landesregierung die Kommunalpolitik das 5. Rad am Wagen. DIE LINKE hat die Novellierung der Kommunalverfassung kritisch begleitet und sieht in den Änderungen eine Schwächung der Kommunalvertretungen. Auch die wirtschaftliche Betätigung wurde damit nicht erleichtert, sondern eingeschränkt. Seit 10 Jahren, also seit der SPD-CDU-Koalition, stagniert die Funktionalreform (die Aufgabenverlagerung von der Landesebene auf die kommunale Ebene). Mittlerweile sind die Bedingungen schwieriger geworden, da sich z.B. die Verwaltungsstrukturen verfestigt haben.

Als Schlüssel für all diese anstehenden Aufgaben ist Interkommunale Zusammenarbeit zu betrachten. Mit einem am 16.06.2009 durchgeführten Fachgespräch konnten mit Experten Vorteile, Grenzen und Risiken aufgezeigt werden.

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Landkreistages Brandenburg Dr. Paul-Peter Humpert machte auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen aufmerksam. Die Degression der SoBEZ führt dazu, dass ab 2010 für die Brandenburger Kommunen 40 Millionen € weniger zur Verfügung stehen. Diese Auswirkungen müssen einerseits dargestellt werden. Auf der anderen Seite ist aber auch ein Gegensteuern notwendig – das von der LINKEN seit 2005 geforderte Streichen des Vorwegabzugs in Höhe von 50 Millionen € sei dabei ein erster Schritt.

Übereinstimmend sprachen sich alle Anwesenden für die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für kommunalwirtschaftliche Betätigung aus. Um interkommunale Zusammenarbeit gewährleisten zu können, muss insbesondere das Örtlichkeitsprinzip gelockert werden. Wenn sich die Gemeinden einig sind, warum sollte dann ein kommunales Unternehmen nicht auch über Gemeindegrenzen hinweg tätig werden können? Hier sind dringend Änderungen in der Kommunalverfassung durchzusetzen.

Sehr bildlich konnten Ansgar Kuschel von der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel,

der Bürgermeister von Perleberg, Fred Fischer, und der Amtsdirektor des Amtes Lieberose, Bernd Boschan die jeweils bei ihnen bereits praktizierte Interkommunale Zusammenarbeit darstellen. Mit konkreten Beispielen aus der Praxis wurden die Vorteile, aber auch die Grenzen aufgezeigt. Als besonders wichtig sprachen sich alle dafür aus, dass ein solcher Prozess „von unten“ entstehen und zusammenwachsen muss. Oft wird aus der Not heraus (fehlende finanzielle Möglichkeiten, Land zieht sich aus Verantwortung zurück, demografische Entwicklung) eine solche Entwicklung beschleunigt. Die Prignitz ist aufgrund ihrer Projekte für die Zukunft gut aufgestellt.

Problematisch wird empfunden, dass Gemeindegrenzen oft als Festungsgrenzen gesehen werden. Damit wurde aber auch deutlich, dass das Gelingen verschiedener Projekte immer auch von handelnden Personen abhängig ist.

Die Infrastruktur muss im gesamten Einzugsbereich bestehen, nicht nur gebündelt an einem Ort. Die Funktionen der Mittelzentren sind oft unklar, allein die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ist oftmals schon nicht gegeben.

Dennoch gibt es auch seitens des Landes Möglichkeiten, Anreize für Interkommunale Zusammenarbeit zu schaffen. Dafür sprachen sich alle Anzuhörenden aus. Dazu gehört aber auch die Weiterführung der Funktionalreform, Änderung des Zentralen-Orte-Systems, Erweiterung des Handlungsspielraums für kommunale Unternehmen, mehr Aufgaben für die RPG. Zu beachten und auch zu untersuchen wären in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gemeinden im sogenannten Speckgürtel um Berlin und im ländlichen Raum. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen brauchen unterschiedliche Ansatzpunkte. Die Menschen vor Ort brauchen auch Lösungen vor Ort.

Der Ansatz der LINKEN im Wahlprogramm wurde daher als richtig erkannt, aber auch das ist noch ausbaufähig.

Der Bürgermeister von Königs Wusterhausen Stefan Ludwig erläuterte, dass bei der Gemeindegebietsreform die demografische Entwicklung wenig beachtet wurde. Bereits in naher Zukunft wird es wieder mehr Gemeinden unter 5000 Einwohnern geben, obwohl das ausgeschlossen werden sollte. Notwendig ist eine Evaluation der Gemeindegebietsreform. Vor einer möglichen Kreisgebietsreform ist aber eine Aufgabenkritik notwendig.

Die Gesprächspartner hatten zum kommunalen Teil des Wahlprogramms keine Bedenken, konnten sogar mit vielen Standpunkten mitgehen.